SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Stellungnahme der Wirtschaftsdachverbände

Konsultation zum Projekt «Attraktivität der Berufsbildung»

Die Berufsbildung wieder «entpolitisieren»: Die Wirtschaftsverbände fordern eine bewusste Förderung sowie eine evidenzbasierte Diskussion über die Weiterentwicklung der dualen Berufsbildung. Das Schweizer Erfolgsmodell muss zukunftsfähig bleiben – für eine starke Wirtschaft sowie für Jugendliche, Erwachsene und die öffentliche Hand, die von hoch effizienten und passgenauen Bildungsabschlüssen profitieren.

Ausgangslage und generelle Bemerkungen

Die Berufsbildung in ihrer heutigen, institutionellen Form ist ein Schweizer Erfolgsmodell mit einer langen, rund 150-jährigen Tradition. Die Entstehung der heutigen dualen Berufsbildung geht insbesondere auf verschiedene Wirtschafts- und Berufsverbände zurück, deren Anliegen von der öffentlichen Hand nicht nur angehört, sondern auch umgesetzt und bewusst mitgetragen wurden. Im internationalen Vergleich ist das Schweizer Modell am berufsbildungsorientiertesten (vs. allgemeinbildungsorientiert) und hält an einer klaren Trennung zwischen der Allgemein- und Berufsbildung fest.[1] Ein besonderes Merkmal der Schweizer Berufsbildung ist es, dass die grosse Mehrheit (rund zwei Drittel) der Jugendlichen diese Form der Erstausbildung wählt. Damit deckt die Schweizer Berufsbildung das breite Spektrum zwischen einer hoch integrativen Ausbildung und der Förderung von Talenten ab.

Jugendliche profitieren in der Berufsbildung davon, dass sie früh mit der Wirtschaft in Kontakt treten. So wird die Motivation für das Erwerbsleben gestärkt und auch Jugendlichen mit mehr praktischen als schulischen Stärken wird ein passender Weg zu einem Erstabschluss angeboten. Es zeigt sich in diversen Statistiken, dass Kantone mit einem hohen Berufsbildungsanteil und einer dualen Logik eine tiefere Jugendarbeitslosigkeit aufweisen als Kantone mit einem niedrigen Berufsbildungsanteil und / oder mit einem mehrheitlich schulischen Vollzeitangebot (vgl. z.B. Luzern mit 1.2% Jugendarbeitslosigkeit und Jura mit 4.5% im 2022[2]). Dasselbe lässt sich im europäischen Vergleich feststellen: Länder wie die Schweiz (März 2025: 2.7%[3]) oder Österreich (Februar 2025: 10.9%[4]), bei denen mehr als 60% der Jugendlichen einen Abschluss in der Berufsbildung erlangen, haben eine tiefere Jugendarbeitslosenquote als beispielsweise Spanien (Februar 2025: 25.5%[5]) oder Frankreich (Februar 2025: 19.2%[6]), wo jeweils weniger als 40% eine Berufsbildung durchlaufen. Diese Zusammenhänge sind zwar nicht zwingend kausal, aber dennoch auffällig. Auch bei fremdsprachigen Migrantinnen und Migranten zeugt die Berufsbildung von einer starken Integrationskraft. Es gelingt, junge Menschen und

---

[1] Kriesi, Irene; Bonoli, Lorenzo; Grønning, Miriam; Hänni, Miriam; Neumann, Jörg; Schweri, Jürg (2022). Spannungsfelder in der Berufsbildung international und in der Schweiz – Entwicklungen, Herausforderungen, Potentiale. OBS EHB Trendbericht 5. Zollikofen: Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung EHB.
[2] BFS, Plattform Statatlas: Jugendarbeitslosigkeit 2022 [Kantone].
[3] Trading Economics. SCHWEIZ - WIRTSCHAFTS-INDIKATOREN.
[4] Trading Economics. ÖSTERREICH - WIRTSCHAFTS-INDIKATOREN.
[5] Trading Economics. Spanien - Jugendarbeitslosigkeit | 1986-2025 Daten | 2026-2027 Prognose.
[6] Trading Economics. Frankreich - Jugendarbeitslosigkeit | 1983-2025 Daten | 2026-2027 Prognose.

Hegibachstrasse 47 | Postfach | 8032 Zürich
T +41 44 421 17 17
verband@arbeitgeber.ch | www.arbeitgeber.ch

Erwachsene, die zu einem grossen Teil alternativ ohne SEK-II Abschluss eine erschwerte berufliche Perspektive hätten, in einen geregelten Berufsalltag zu führen. Wegen ihres starken Berufsbildungssystems zählt die Schweiz zudem weltweit zur Spitze bei der Einkommensmobilität. Der soziale Aufstieg hängt hier deutlich weniger vom Elternhaus ab als in vielen anderen Ländern – denn auch Jugendliche aus einkommensschwachen Familien haben dank der niederschwelligen, breit akzeptierten Berufsbildung reale Chancen auf gut bezahlte Jobs.[7]

Die Berufsbildung konnte zudem bisher immer auch Talente und Jugendliche aus einkommensstarken Familien anziehen und fördern, da die Ausbildungsmöglichkeiten und Berufsperspektiven sehr vielfältig sind. Auch bezüglich Ausbildungsjahre ist die Berufsbildung hoch effizient und die Wirtschaft setzt auf deren Absolventen. Junge Berufsleute können sich rasch weiterentwickeln und Verantwortung übernehmen und dank des durchlässigen Systems diverse Wege in ihrer weiteren beruflichen Karriere einschlagen. Damit stellen die Berufsbildung sowie die allgemeinbildenden Schulen ein gleichwertiges Bildungsangebot dar. Viele Führungskräfte der Schweizer Wirtschaft haben ursprünglich eine berufliche Grundbildung absolviert und sich im Anschluss passgenau dank branchenspezifischen Angeboten der höheren Berufsbildung aus- und weitergebildet. Auch bei den Löhnen ist die Berufsbildung gut aufgestellt: Je nach Branche beziehungsweise Studienrichtung hat ein Absolvent einer höheren Berufsbildung einen vergleichbaren Lohn mit einem Bachelor- oder Master-Absolventen einer Hochschule[8] und profitiert überdies von einer hohen Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt.

Trotz allem wird die Berufsbildung aktuell Opfer von (Stellvertreter-)Diskussionen, die dem System nachhaltig schaden können. Bei bestehenden Herausforderungen müssen künftig zwingend alle Bildungsgefässe und -stufen sowie die jeweiligen Ursachen und Hintergründe identifiziert und berücksichtigt werden, um konstruktive und wirksame Lösungen zu finden. Nachfolgend sind ein paar Beispiele solcher Herausforderungen aufgeführt:

- Migration: Die Berufsbildung ermöglicht fremdsprachigen Migrantinnen und Migranten nicht nur einen effizienten Einstieg in die Arbeitswelt, sondern fördert die sprachliche und kulturelle Integration. Die Betriebe leisten hier einen grossen Effort und wünschen sich dabei weniger Bürokratie und eine besser koordinierte Arbeit mit den Behörden. Dennoch werden gerade Branchen, die enorme Integrationsleistungen erbringen, aufgrund ihrer überdurchschnittlich hohen Lehrvertragsauflösungen oder der erhöhten psychischen Belastung der Lernenden oft als «Problemberufe» bezeichnet. Oftmals sind aber die mangelnde sprachliche oder kulturelle Integration und teilweise damit verbundene mangelnde Unterstützung durch die Familie grosse Herausforderungen für die Lernenden und auch für die Lehrbetriebe, die nicht durch die Berufsbildung (allein) gelöst werden können.[9] Es gilt daher, die Kompetenzen in der Landessprache bei

[7] Chuard-Keller, Patrick (2021). Der «American Dream» lebt in der Schweiz. In Schweizer Monat, Schwerpunkt: «Mittelklasse», Ausgabe 1086 – Mai 2021. Der «American Dream» lebt in der Schweiz – Schweizer Monat.
[8] BFS 2024. Standardisiertes Erwerbseinkommen der UH-Masterabsolvent/innen nach Fachbereichsgruppe (in Franken pro Jahr). Stand ein Jahr und fünf Jahre nach Studienabschluss - 2019, 2023 | Diagramm.
BFS 2023. Tertiärstufe - Höhere Berufsbildung.
[9] Mehrere Faktoren führen jeweils zu zusätzlichen psychischen Belastungen während der Ausbildung. Die Studie von WorkMed (2025) zeigt unter anderem auf, dass gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund ohne

den Kindern und Jugendlichen (und derer Eltern) während der Volksschulzeit zu fördern. Bei den betroffenen Erwachsenen ist ebenfalls der Erwerb der Landessprache, beispielsweise über die Förderung der Grundkompetenzen, mitentscheidend, damit ein formaler Abschluss erfolgreich absolviert werden kann.

- Kostenentwicklungen: Der Kostendruck auf die Berufsbildung und insbesondere auch auf Massnahmen im Rahmen von Berufsentwicklungen (mögliche Erhöhungen der kantonalen Pauschalen an die überbetrieblichen Kurse (üK), Anzahl üK-Tage oder der Einsatz / Entschädigung von Prüfungsexperten) ist spürbar, obwohl die Kostenentwicklung absolut vergleichbar mit derjenigen der vollschulischen Alternativen ist. Pro Person in Ausbildung kostet die duale Berufsbildung die öffentliche Hand nach wie vor viel weniger als die vollschulischen Modelle.[10] Es ist daher auch im Interesse der öffentlichen Hand, dass die Berufsbildung gestärkt wird. Auch die Sozialkosten, die aufgrund von ungenauen Passungen am Übergang II mit erhöhten Jugendarbeitslosigkeiten entstehen würden, stehen in keinem Verhältnis zur bewussten Förderung der dualen Berufsbildung.
- Bedürfnisse der Jugendlichen: Es gibt keine Evidenz, dass eine Berufslehre zu einer schlechteren psychischen Verfassung der Jugendlichen führt. Jüngste Umfragen zeigen auf, dass Jugendliche, die während der beruflichen Grundbildung unter negativen psychischen Effekten leiden, meistens bereits vor Eintritt in die Berufsbildung Einfach- oder Mehrfachbelastungen aufweisen. Ganze 80% der Jugendlichen geben hingegen an, dass die Berufsbildung einen positiven Einfluss auf ihre psychische Gesundheit hatte.[11] Es liegen zudem keine Statistiken oder repräsentativen Umfragen vor, dass Jugendliche in der Lehre oder rückblickend auf ihren Bildungsverlauf die Löhne oder Ferien während der Ausbildung kritisieren oder als ausschlaggebenden Einflussfaktor nennen.
- Nivellierung in der Volksschule: Die Qualität der schulischen Bildung auf der Sekundarstufe I darf nicht ausser Acht gelassen werden. Die Entwicklung der Nivellierung in der Volksschule und damit auf den weiteren Bildungsverlauf muss regelmässig evaluiert werden. Je unattraktiver Sekundarschulen erscheinen, desto eher wandern die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler in die allgemeinbildenden Wege ab. Ferner soll die Entwicklung von Leistungszielanpassungen und damit verbunden allenfalls auch von mangelnden Grundkompetenzen im Auge behalten werden. Auswirkungen auf die Vergabe von Nachteilsausgleichen und zusätzlichen Förderinstrumenten müssen ebenfalls beobachtet werden. Bei bestehenden Herausforderungen müssen deshalb künftig zwingend alle Bildungsgefässe und -stufen sowie die jeweiligen Ursachen und Hintergründe identifiziert und berücksichtigt werden, um konstruktive und wirksame Lösungen zu finden.

Unterstützung durch die Familie und / oder weiteren Belastungen während der Berufsbildung negative Effekte auf die psychische Gesundheit erleiden.

[10] Vgl. BFS 2024. Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsstufe, Ausgabenart und Verwaltungsebene - 1990-2022 | Tabelle.

[11] WorkMed (2025). Psychische Gesundheit von Lernenden in der Lehre: bericht-studie-lernende-de.pdf.

Für die Wirtschaftsverbände ist der (wissenschaftlich) nicht fundierte Umgang mit der Berufsbildung unverantwortlich, denn das Schweizer Erfolgsmodell wird auf diese Weise für politische Zwecke aufs Spiel gesetzt. Die Umsetzung sozial(bildungs-)politischer Forderungen und Bildungsmodelle würde die duale Berufsbildung erheblich schwächen.[12] Damit verbunden besteht auch das Risiko, dass die Arbeitslosenzahlen und somit auch die Sozialkosten steigen. Je mehr ungefilterte und willkürliche Interessen seitens Gewerkschaften, aber auch seitens der Politik und der öffentlichen Hand auf die Berufe und auf das Berufsbildungssystem generell prallen, desto mehr wird das duale Bildungssystem sowie dessen Ansehen unnötig geschwächt. Die Wirtschaftsverbände fordern, dass bildungspolitische Entscheidungen wenn immer möglich evidenzbasiert erfolgen. Die Entscheidungsgrundlagen müssen wissenschaftlich und transparent ausgewiesen werden. Dazu gehört auch ein besseres Monitoring von Auswirkungen von sozialpolitischen Massnahmen, beispielsweise zur Auswirkung der Einführung von Mindestlöhnen auf die SEK-II-Abschlussquote von bis zu 25-Jährigen.

Ausserdem fordern die Wirtschaftsverbände, dass (mögliche) Entwicklungen in den anderen Bildungsgefässen (Volksschulen, Gymnasien, FMS, Hochschulen etc.) als systemischer Einflussfaktor auch bei diesem Kapitel aufgenommen werden (vgl. Forderungen bei Kapitel 6). Für die Entwicklung der Berufsbildung sowie der Wirtschaft und Gesellschaft als Ganzes ist es ebenfalls relevant, wie sich beispielsweise die Veränderungen bei den Hürden in den Gymnasien (Eintritts- und Abschlussprüfungen), eine mögliche Reduktion der Ferien bei den vollschulischen Alternativen (Gymnasien und FMS), oder auch die integrative Schule auf die Bildungswege auswirken. Dies muss künftig holistischer und aus systemischer Sicht beobachtet und berücksichtigt werden.

Die Berufsbildung ist und wird kein “Business-Modell” für die Ausbildungsbetriebe sein, sondern sie ist vielmehr eine Investition in den Berufsnachwuchs und geht mit einer sozialen Verantwortung einher. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis muss aber dennoch auch in Zukunft stimmen, sodass die Betriebe weiterhin gewillt und imstande sind, diese wertvolle Form der Ausbildung anzubieten. Gäbe es einen Kostenüberhang (gegenüber dem Nutzen), müssten zusätzliche finanzielle Mittel geleistet werden, um einen Ausgleich zu schaffen und die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen zu sichern. Das Gesamtsystem würde damit nicht nur verteuert, sondern auch gefährdet, da die Unternehmen sich weniger an den kritischen Prozessen beteiligen. Nur dank des Einbezugs der Betriebe beim Berufsentwicklungsprozess kann aber sichergestellt werden, dass sich die Berufe entlang ihrer Bedürfnisse anpassen und sich das Kosten-Nutzenverhältnis daher im Sinne der Ausbildungsbereitschaft weiterentwickelt. Finanzielle Unterstützungen in Form von zusätzlichen kantonalen und Branchenfonds verfolgen zwar das Ziel, mittels Umverteilung (die Fonds sind von Unternehmen finanziert) die Ausbildungsbereitschaft zu stärken, können aber das System ohne messbare Wirkung unnötig verteuern.

---

[12] Vgl. Bonoli, L., & Gonon, P. (2023). Challenges, Future and Policy Orientations: The 1960s−1970s as Decisive Years for Swiss Vocational Education and Training. International Journal for Research in Vocational Education and Training, 10(3), 340–360. Challenges, Future and Policy Orientations: The 1960s−1970s as Decisive Years for Swiss Vocational Education and Training.

Zudem gilt es zu berücksichtigen, dass die Anzahl der Ausbildungsbetriebe auch aufgrund von fehlenden/unsicheren Nachfolgeregelungen künftig abnehmen könnte. Die Übernahme eines Betriebs garantiert keine Ausbildungsplätze. Deshalb sollten auch neue Firmeninhaber und innovative, neue Firmen auf die Vorteile des dualen Berufsbildungssystems sensibilisiert werden. Dasselbe gilt auch für internationale Firmen, die das Berufsbildungssystem der Schweiz zuerst kennenlernen müssen. Für die Wirtschaftsverbände liegt der Hauptfokus bei Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Berufsbildung bei den bereits aktiven Ausbildungsbetrieben und der Schaffung von neuen Lehrstellen bei noch inaktiven Betrieben. Ohne die Ausbildungstätigkeit der Betriebe würden die Kosten für die öffentliche Hand massiv ansteigen und die Berufsfachschulen und Berufsfachschullehrpersonen müssten sich neu orientieren. Abgesehen davon wäre der Berufsnachwuchs nicht sichergestellt und der Gesellschaft würde es an relevantesten Berufen und überlebenswichtigen Dienstleistungen fehlen.

Die Wirtschaftsverbände rufen alle Akteure dazu auf, dem gut funktionierenden System vermehrt Sorge zu tragen. Politische Forderungen müssen der wissenschaftlichen Evidenz standhalten können.

Nachfolgend sind konkrete Forderungen zur Förderung der dualen Berufsbildung aufgelistet, die seitens der Organisationen der Arbeitswelt in einem iterativen Prozess erarbeitet wurden.

Forderungen seitens der Wirtschaft

- Die rasche Wandlung des Arbeitsmarkts erfordert eine zeitnahe und effiziente **Reformfähigkeit** der Berufe:
  - Der **Berufsentwicklungsprozess** und die notwendigen Entscheide müssen effizient und bei Bedarf auch während der 5-Jahres-Revisionszyklen möglich sein. Ein Gremien-Ping-Pong, das den Prozess unnötig verlängert, muss zwingend vermieden werden. Die Wirtschaftsverbände fordern, dass die Kantone die Gremienstruktur (insb. die Rolle und Zusammensetzung der Kommission für Berufsentwicklung gegenüber der SBBK und andern Fachgremien) für komplexe Revisionen überdenken, um gerade bei diesen systemkritischen Berufen die Reformfähigkeit sicherzustellen.

- Die **Verbundpartnerschaft** muss generell gestärkt werden:
  - Gemäss Berufsbildungsgesetz haben die Verbundpartner die Verantwortung für das Voranbringen der Berufsbildung. Politische Interventionen schaden diesem Prozess und schwächen die Verbundpartnerschaft nachhaltig.
  - Es braucht eine **starke und verlässliche Verbundpartnerschaft**: Konsolidierungen und Rückbindungen müssen durch die zuständigen Akteure sichergestellt sein, Kompromisse breit getragen und Entscheide zeitnah herbeigeführt werden.

- Die Prozesse müssen effizient sein und das **Branchen- und Berufsprinzip** soll bewusst gefördert werden:
  - Nicht abgestützte und nicht evidenzbasierte Grundsatzdiskussionen sind zu vermeiden (bspw. zur Form von Qualifikationsverfahren, Spezialisierungen vs.

Ausbildungsbereitschaft und Aufnahme von Absolventen). Es braucht inhaltliche Diskussionen, die den **branchenspezifischen Realitäten** gerecht werden.
  - Keine branchenübergreifenden Regulierungen/Pauschalkritiken, sondern Förderung von branchenspezifischen Lösungen und bei Bedarf **Branchenempfehlungen**.
  - In der Ausbildung müssen wieder vermehrt fachspezifische Themen gestärkt werden und branchenübergreifende Forderungen (bspw. zu Nachhaltigkeit, Mobilität, zweite Landessprachen) sowie Trends zu mehr Allgemeinbildung sind zu reduzieren.[13] Dabei sollen insbesondere die Vorteile einer spezialisierten Ausbildung gegenüber Ausbildungsmodellen, die prioritär auf Allgemeinwissen setzen, aufgezeigt werden.[14]
  - Aufgrund der sich rasch wandelnden Arbeitswelt sollten die Trägerschaften die Kompetenz haben, ausserhalb von Revisionen wichtige Änderungen effizient integrieren zu können (Innovation bei Berufsbildern).

- **Bewusste Bildungsentscheide,** insbesondere bei den schulisch leistungsstarken Schülerinnen und Schülern in den Oberstufenklassen, müssen vermehrt gefördert werden. Die Berufsbildung ist kein Selbstzweck, sondern ein realer Bedarf der Wirtschaft. Die Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass sich schulisch starke Jugendliche auch weiterhin bewusst für anspruchsvolle berufliche Grundbildungen und weiterführende Bildungswege entscheiden.
  - Jeder Jugendliche (und seine Eltern) sollte sich mit einem für ihn geeigneten Beruf (inkl. Karrieremöglichkeiten) und damit mit einer realen Alternative zu vollschulischen Angeboten (u.a. Gymnasium) auseinandersetzen.
  - Lehrpersonen müssen noch besser über die Berufswahlvorbereitung («Berufliche Orientierung BO») aufgeklärt bzw. weitergebildet werden und sich bereits im Rahmen ihrer Ausbildung mit der Berufsbildung (nicht nur mit den schulisch nahen Branchen) befassen. So kann auch die Zusammenarbeit mit den Branchenakteuren intensiviert werden. Die pädagogischen Hochschulen spielen hierbei auch eine zentrale Rolle, da sie Lehrpersonen ausbilden, welche die Berufswahlkunde unterrichten. Oftmals kennen diese Lehrpersonen nur den gymnasialen Weg und haben ein veraltetes Bild, was in einer Lehre gefordert wird. Damit unterschätzen sie die Karrieremöglichkeiten, aber auch, wie die Lernenden Verantwortung übernehmen können oder welche Kompetenzen wirklich wichtig sind. Ein Shadowing von Lernenden könnte diesem Umstand entgegenwirken.
  - Imagekampagnen an Schulen der Sek I sollen gefördert und die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung branchennah und digital weiterentwickelt werden.
  - Eine verstärkte Aufklärungsarbeit gegenüber Lehrpersonen und Eltern zu den Lohnentwicklungen bei den Tertiärabschlüssen sollen Vorurteilen entgegenwirken und die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten der **höheren** Berufsbildung im Berufswahlprozess stärken.
  - Eine Stärkung der **Nutzerfinanzierung** bei den Hochschulen und bei Erasmus+ werden grundsätzlich unterstützt, da auf diese Weise unter anderem bewusstere

[13] Die Wirtschaftsverbände haben sich im gesamten Reformprozesses für eine Stärkung des ABU durch eine Erhöhung der Qualitätssicherung und der Verbindlichkeit ausgesprochen. Es darf hingegen kein Ausbau des ABU auf Kosten der berufsspezifischen Ausbildungsinhalte geben.
[14] Vgl. Policy Brief des Leading House VPET-ECON: Berufliche Spezialisierung und Arbeitsmarktwandel (2024), vgl. Transfer. Berufliche Spezialisierung und Arbeitsmarktwandel.

Bildungsentscheide gefördert werden – gerade zugunsten der Bildungswege der Berufsbildung / höheren Berufsbildung.
  - **Nationale Kommunikationskampagnen** zur Förderung der beruflichen Grundbildung und zur höheren Berufsbildung sollen beibehalten / ausgebaut werden.

- Die **Anerkennung** der Berufsbildung in der Gesellschaft muss gefördert werden:
  - **Talentfördermassnahmen** (u.a. SwissSkills) müssen noch sichtbarer gemacht und bei Bedarf koordiniert werden.[15]
  - Stärkung der **höheren Berufsbildung**, u.a. durch die Einführung der **Titelzusätze** für die höhere Berufsbildung: «Professional Bachelor, Professional Master».
  - Die **Anschlussfähigkeit und Durchlässigkeit** des schweizerischen Bildungssystems müssen zwingend beibehalten werden.
  - Bewusste **Karriereförderung von Fachkräften mit Berufsbildungshintergrund** in der Privatwirtschaft, aber insbesondere auch bei der öffentlichen Hand. Auch in Zukunft braucht es Vorbilder / Kaderleute, die mit einem Berufsbildungshintergrund verantwortungsvolle Positionen übernehmen.
  - Auch in der Wissenschaft sollte vermehrt auf Formulierungen geachtet und gar betont werden, dass es auch ein Bildungserfolg / positiver Bildungsentscheid ist, wenn Kinder von Eltern mit Berufsbildungshintergrund oder mit akademischem Hintergrund **bewusst** eine berufliche Grundbildung absolvieren.[16]
  - Das SBFI und / oder die SDBB könnten einfache Erklärvideos zum Berufsbildungssystem in den gängigsten Sprachen erstellen (D, F, I, Englisch, Arabisch, Serbisch, Albanisch etc. nach Vorbild des Kantons Bern).

Aussagen zu Lehrvertragsauflösungen (LVA) sollen branchenspezifische Realitäten berücksichtigen und auch in den Gesamtkontext der Bildungswege gesetzt werden, denn auch ein allgemeinbildender Bildungsweg verläuft nicht immer reibungslos. Im Gegenteil, die Dropout-Quoten in den Gymnasien[17] und die Studienabbrüche an Hochschulen[18] zeigen vergleichbare Bildungsverläufe. Lehrvertragsauflösungen dürfen zudem nicht gleichsetzt werden mit Lehrvertragsabbrüchen. Die grosse Mehrheit (78.5% der Eintrittskohorte 2019[19]) der Jugendlichen findet direkt eine Anschlusslösung. Oftmals handelt es sich dabei also nicht, wie vielfach pauschal kritisiert, um ein «Scheitern», sondern um einen Berufs-, Fachrichtungs- oder Betriebswechsel.

---

[15] Vgl. Goller, Daniel & Wolter, Stefan C. (2025). Reaching for Gold! The impact of a positive reputation shock on career choice. European Economic Review, forthcoming.
[16] OECD: Definition «Bildungsabstieg*»: Wenn ein Akademikerpaar einen Sohn/eine Tochter hat, der oder die «nur» eine Berufslehre macht. (*OECD (2017). Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren. Gütersloh: Bertelsmann.

[17] Im Kanton Zürich beispielsweise verliessen 8% der Schüler das Gymnasium während oder nach der Probezeit im Schuljahr 2023/2024. Vgl. Gymi-Probezeit am Langgymi in Zürich härter als Gymiprüfung - Lern-Forum).
[18] 22.3 % der BA-Studierenden während 2012-2015 haben das Studium abgebrochen. Vgl. Eberle, F. (2025). Studienerfolg und Studienabbruch an Hochschulen. In: Gymnasium Helveticum (1) 2025.
[19] BFS - Längsschnittanalysen im Bildungsbereich (LABB). Lehrvertragsauflösungen und Wiedereinstiege in die berufliche Grundbildung nach Standardausbildungsdauer (Eintrittskohorte 2019: Bildungsverläufe bis 31.12.2023), Link: Lehrvertragsauflösungen.

- **Angebotsgestaltung** und Förderung der Berufsbildung seitens der Kantone und des Bundes:
  - Allgemeinbildende, vollschulische und kantonale Angebote (Fachmittelschulen, Lernwerkstätten) müssen kritisch beobachtet und auf den Nutzen für die Wirtschaft überprüft werden und dürfen die duale Berufsbildung nicht verdrängen. Es braucht allenfalls gar eine **Ausbaubremse von vollschulischen Alternativen**.
  - Bei den reglementierten Berufen darf das notwendige Bildungsniveau nicht zusehends eine Matura oder einen Hochschulabschluss erfordern, sondern wo immer möglich sollen Bildungswege über die Berufsbildung gefördert werden (bspw. Hebamme oder Kindergärtner / Zyklus 1).
  - Die Anzahl Ferienwochen sollte nicht nur in der Berufsbildung, sondern insbesondere auch in den vollschulischen Alternativen (insb. FMS) hinterfragt werden.

- Es braucht eine **klarere Positionierung der Tertiärbereiche** und ein **klares Bekenntnis zur höheren Berufsbildung** auch seitens der Hochschulen:
  - Ungleichgewichte der beiden Tertiärbereiche A und B sind gemäss dem verfassungsmässigen Auftrag[20] zu überprüfen und bestenfalls aufeinander abzustimmen (Zulassung, Finanzierung etc.).
  - Die **Fachhochschulen** sollen sich als **Hochschulabschluss im Anschluss an eine Berufsmaturität** klar positionieren und sich bei den Zulassungskriterien, dem Studienaufbau und der Studienlänge auf die entsprechenden Berufsmaturitätsabsolventen passgenau und effizient ausrichten.
  - Die Studiengänge und Abschlüsse der **höheren Berufsbildung** als direkte Anschlussmöglichkeiten für Absolventen eines eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses müssen bewusst gefördert und gestärkt werden, u.a. mit der Einführung der **Titelzusätze** «Professional Bachelor, Professional Master».
  - Es braucht eine transparente Kommunikation über die Lohnentwicklungen bei den Tertiärabschlüssen. Eltern und Lehrpersonen sollen von Vorurteilen befreit und aufgeklärt werden.

- Der **Übergang an der Nahtstelle I zur Sekundarstufe II** muss funktionieren und optimiert werden:
  - **Stärkung der Grundkompetenzen** (insb. Einhaltung der sprachlichen Mindestkompetenz) in der obligatorischen Schule und Förderung von MINT-Fächern sowie wirtschaftlicher und unternehmerischer Bildung. Auch bei den Erwachsenen (insb. Migrantinnen und Migranten) gilt es, gemäss den Zuständigkeiten die Grundkompetenzen zu fördern (insb. Sprachkompetenzen), damit ein Eintritt in den Arbeitsmarkt gelingt und ein formaler Abschluss ermöglicht wird.
  - **Schnuppermöglichkeiten und Angebote in der Berufswahlorientierung** werden durch die stets länger werdende **Liste an gefährlichen Arbeiten pro Beruf** erschwert,

[20] Vgl. Art. 61a BV.

wenn nicht gar verunmöglicht. Beispielsweise ist der Umgang mit Ethanol gemäss Jugendarbeitsschutzverordnung verboten, was bedeutet, dass nicht ausgebildete Fachpersonen zuhause mehr mit den Jugendlichen machen können als die ausgebildeten Fachleute in den Schnupperangeboten. Es braucht demnach eine klare Unterscheidung der Arbeiten, die zum Berufsschnuppern und / oder in der Berufswahl unter Einhaltung von Begleitmassnahmen bereits ab der Oberstufe durchgeführt werden können und denjenigen, die effektiv erst ab 15 Jahren in einer Lehre gemacht werden können.
- Ergänzende Standardtests wie die Checks des Bildungsraums Nordwestschweiz sollen die Vergleichbarkeit der Zeugnisse erhöhen und den Lehrbetrieben zusätzliche Informationen über die schulische Leistungsfähigkeit vermitteln, damit nicht primär über den Schultyp rekrutiert wird.

- Die **Ausbildungsbereitschaft** der Betriebe muss gefördert werden:
  - Die Förderung der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe soll prioritär über die **Stärkung der sozialen Verantwortung** und nicht vorrangig über finanzielle Anreize geschehen. Das System darf nicht unnötig verteuert werden. Die Ausbildungsbetriebe müssen motiviert bleiben und einen nicht-finanziellen Anreiz haben, an den kritischen Prozessen und Gremien der Branchen sowie der Verbundpartnerschaft (Berufsentwicklung) teilzunehmen.
  - Die Berufsbildung muss weiterhin insbesondere kantonal, regional und branchenspezifisch bewusst gefördert werden, damit in den Kantonen und Gemeinden die Wichtigkeit der Ausbildungsbetriebe und ihrer Ausbildungsleistung sichtbar wird. Es gibt zahlreiche regionale Initiativen (teilweise privat und öffentlich-private Initiativen), die sich bewährt haben, dies soll auch künftig möglich sein und gefördert werden. Insbesondere in berufsbildungsschwächeren Kantonen soll eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den regionalen (und allenfalls nationalen) Trägerschaften mit den lokalen Verwaltungen stattfinden.
  - Die Rolle der **Berufs- und Praxisbildner** sowie die Bedeutung der Ausbildungsbetriebe als Ganzes müssen sichtbarer und mehr wertgeschätzt werden.
  - Ausbildungsunternehmen sollten, basierend auf dem vorhandenen (über-)kantonalen Angebot, **Berufsfachschulen ihrer Lernenden auswählen** können, um die Innovation und Qualitätssicherung in der Umsetzung zu fördern. Für die Firmen können Kosten gesenkt und die Qualität an den Berufsfachschulen erhöht werden.
  - Die Wirtschaftsverbände begrüssen Massnahmen, die den (sozialen) Druck auf potenzielle Ausbildungsbetriebe erhöhen, wie die Aufnahme des Kriteriums «Ausbildungsbetrieb» in öffentlichen Ausschreibungen.

- Die **Qualitätssicherung und verbindlichere Umsetzung** innerhalb der Berufsbildung müssen verstärkt werden.
  - Die OdA begrüssen die Rolle der Kantone bei der Umsetzung in Berufsfachschulen, überbetrieblichen Kursen (üK) und Qualifikationsverfahren (QV). Sie fordern aber, dass sich die Kantone bei der Sicherstellung der einheitlichen Umsetzung, der Bildungsinhalte sowie der Qualitätssicherung (Kontrollen betreffend Lerndokumentation) noch stärker mit den OdA koordinieren und ihre Rolle wahrnehmen, damit die Vorgaben klar

sind, die Bemühungen der OdA nicht untergraben werden und die Umsetzung nicht gefährdet ist.
- Auch bei der Lehrbetriebsaufsicht wird begrüsst, dass die Kantone bei Bedarf Massnahmen ergreifen. Dies soll, wenn immer möglich, in Zusammenarbeit mit den Branchen geschehen.

Die Organisationen der Arbeitswelt und die Wirtschaft sind laufend bestrebt, die Berufsbildung weiterzuentwickeln. Folgende Massnahmen wurden seitens der Organisationen der Arbeitswelt formuliert, welche sie selbst bei Bedarf in den Branchen weiterverfolgen können:

Branchenspezifische Massnahmen, die in den Branchen je nach Bedarf gefördert und umgesetzt werden sollen (Liste wird laufend ergänzt und ist nicht abschliessend):

- Ausbildungsbereitschaft der Betriebe verstärken: Aktive Beteiligung von (innovativen) Betrieben im Berufsentwicklungsprozess stärken und fördern, branchenspezifische Empfehlungen zu Lehrvertragsverbünden erarbeiten, bei Bedarf Entschlackung der Bildungspläne vorantreiben, Datengrundlagen (Stichwort Lernortkooperation) und Schnittstellen insb. zu digitalen Portalen optimieren.
- Erhöhung der Ausbildungsqualität: Je nach Bedarf sollen die Branchen selbst ihre Ausbildungsverantwortlichen stärken, indem sie ihnen beispielsweise berufsspezifische Tools oder Empfehlungen zu Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen oder auch weiterführende Weiterbildungsangebote anbieten.
- Rahmenbedingungen für Lernende: Bei Bedarf erweiterte Lohn-/ Ferienempfehlungen.[21]
- Erwachsenenbildung: Förderung von Quereinstiegen und der Erwachsenenbildung gemäss der Situation und dem Bedarf in der Branche, allenfalls mit entsprechenden niederschwelligen Bildungsangeboten und / oder mit anderen Qualifikationsverfahren.
- Image der Berufsbildung: Zielgruppengerechte Kommunikation über die Berufe (bspw. via TikTok, Storytelling, Best Practices etc.).
- …

Die Wirtschaftsverbände weisen nochmals mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass evidenzlose Behauptungen und / oder Pauschalisierungen und Generalisierungen aus nicht repräsentativen oder suggestiv ausgestalteten Umfragen der Berufsbildung schaden und sämtliche Bemühungen, die Berufsbildung zu stärken, torpedieren. Die Wirtschaftsverbände appellieren an die Verbundpartner, wieder bewusst in inhaltliche, sachdienliche Diskussionen zu investieren und eine bewusste Entpolitisierung der Berufsbildung in ihren Kreisen voranzutreiben.

Zürich und Bern, 16.06.2025

[21] Vgl. z.B. die Empfehlungen des kaufmännischen Verbands Schweiz (kfmv) zu Lernendenlöhnen, Ferien, Praktika.